

**Bibliothek  
des Instituts für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel**

**Signatur**

**A** 9840





Das  
Cheque-System.

Von

A. Bayerdörffer.

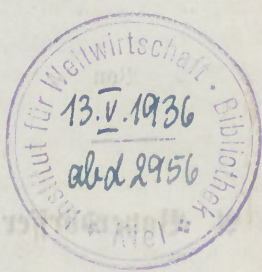


Jena,  
Verlag von Gustav Fischer  
(vormals Fr. Maule).  
1881.



208

Handwritten title or text, possibly "Handwritten title or text" (mirrored/bleed-through).



Handwritten text, possibly a signature or date.

Handwritten text, possibly a title or description.

Handwritten text, possibly a date or location.

Handwritten text, possibly a signature or date.

Die Vortheile, welche das Cheque-System sowohl für viele einzelne Personen, als auch für die gesammte Volkswirthschaft im Gefolge hat, sind bekanntlich schon mehrfach ausführlich geschildert worden, und dabei hat man in der Regel auch die Einführung dieses Systems in Deutschland empfohlen. Neuerdings ist wieder eine solche Anregung von der Handelskammer in Braunschweig ausgegangen und diese hat zahlreiche Beschlüsse von Handelsvorständen hervorgerufen, welche zwar in der Sache selbst zustimmen, aber über die Wege, auf denen wir zum Cheque-Verkehre gelangen können, verschiedener Meinung sind. — Es wird daher, damit das Streben nach diesem Ziele in einheitliche Bahnen geleitet werde, vielleicht nicht überflüssig sein, wenn wir uns alle Verhältnisse nochmals vor Augen führen und alle hierher gehörigen Fragen — über das Wesen des Cheque, über seine Stellung im Recht und in der Volkswirthschaft, über seine Vorbedingungen und seine Folgen — zu beleuchten suchen. Halten wir dann das Resultat damit zusammen, wie sich die Verkehrs-Verhältnisse in Deutschland gestaltet haben, so werden wir zunächst finden können, ob und wie ein solches System in diese Verhältnisse einzufügen sei; auf dieser Grundlage ist es dann möglich, die vorgeschlagenen Mittel eingehend zu prüfen und sich über diejenigen zu einigen, durch welche wir den von Allen erstrebten Zweck, den Cheque-Verkehr aus seinen Anfängen zu einem allseitig be-



nutzten Hülfsmittel der Volkswirthschaft heranzubilden, am besten erreichen.

Bei diesen Betrachtungen werden wir namentlich den Cheque-Verkehr in England beachten müssen, weil bekanntlich der Gebrauch des Cheque nur in diesem Lande eine namhafte Ausdehnung erreicht hat und in Folge der ihn begleitenden Einrichtungen — zum Austausch u. s. w. — die gesammten Zahlungsmittel an Wichtigkeit übertrifft.

Der Cheque hat in England gewöhnlich folgende Form:

Nr. .... den .... 18..  
 The ..... Bank, London.  
 Pay to Messrs .....  
 Pounds .....  
 Lst. ....

(Unterschrift.)

Aus diesem Formulare ergibt sich, daß der Cheque ein schriftlicher Auftrag des Ausstellers für einen Anderen (den Bezogenen) ist, an eine dritte Person eine bestimmte Summe zu zahlen. Diese Definition ist jedoch zu weit, da sie auch auf den Wechsel angewendet werden könnte; sie enthält die charakteristischen Merkmale des Cheque noch nicht, welche in dem gegenseitigen Verhältniß und in den Rechten und Pflichten der theilhaftigen Personen zu suchen sind. Man hat nun mehrfach versucht, eine solche erschöpfende Erklärung aufzustellen, aber das ist u. A. n. deshalb schwer, ja vielleicht sogar unmöglich, weil die Gebräuche und gesetzlichen Bestimmungen der einzelnen Länder in wesentlichen Punkten von einander abweichen; wir finden deshalb nicht nur in der Literatur verschiedenartige Erklärungen des Cheque, sondern es ergibt sich auch bei einer Vergleichung der von der Gesetzgebung in England, Frankreich, Belgien, Deutschland und Oesterreich aufgestellten Definitionen, daß man zum Theil über die Er-



fordernisse des Cheque in den einzelnen Ländern durchaus nicht einerlei Meinung ist.

Wir verzichten aus diesem Grunde darauf, für den Cheque eine Definition aufzustellen, und ziehen es vor, diejenigen Eigenthümlichkeiten, welche dem Cheque zukommen und ihn von anderen ähnlichen Papieren scheiden, auf Grund der in den verschiedenen Ländern herrschenden Gebräuche und Bestimmungen hervorzuheben.

Was zunächst den Bezogenen betrifft, so kann dieser nach dem englischen Rechte nur ein Bankier sein; denn das Gesetz 39 u. 40 Vict. Ch. 81 vom 18. August 1876 sagt: Cheque means a draft or order on a banker payable to bearer or to order on demand <sup>1)</sup> — und versteht unter „banker“ jede Firma acting as bankers <sup>2)</sup>. Dieses Gesetz bezieht sich allerdings nur auf die crossed Cheques, aber wir können die angeführte Erklärung wohl im Allgemeinen als eine Definition des englischen Cheque betrachten, denn auch ein englischer Schriftsteller, George John Shaw, stellt an die Spitze seines Werkes <sup>3)</sup> den Satz: A Cheque is an unaccepted bill of exchange drawn upon a banker by his customer, and generally, but not always, against funds lodged with the banker.

---

1) In dem Civilgesetzbuche von Nieder-Canada Art. 2349 ist der Cheque definiert als eine schriftliche Zahlungsanweisung auf eine Bank oder einen Bankier für die Zahlung einer Geldsumme. — Vergl. S. Borchardt, Vollständige Sammlung der Wechselgesetze. Berlin 1871. S. 242.

2) Bekanntlich bedt sich der englische Begriff banker nicht mit unserm Begriffe Bankier. Dort treibt der banker — eigentlich local banker — ein Depositen-Geschäft, nicht wie bei uns auch Handel mit Effecten, auswärtigen Wechseln, Gold und Silber u. s. w. Vergl. Ernst Seyd, Das London. Bank-, Check- u. Clearinghouse-System. Leipzig 1874.

3) The law of Bankers Cheques. London 1878.

Die französischen Cheque-Gesetze von 1865 und 1874 enthalten keine solche Beschränkung hinsichtlich des Bezogenen; Art. 2 lautet: *Le chèque ne peut être tiré que sur un tiers ayant provision préalable.* Ebenso auch das belgische Gesetz; dagegen macht das österreichische Gebührengesetz von 1862 wieder eine solche Beschränkung, wenn es den Cheque als eine Anweisung auf die zur Uebernahme von Geld für fremde Rechnung statutenmäßig berechtigten Anstalten erklärt <sup>1)</sup>. — In gleicher Weise enthält auch das deutsche Stempel-Gesetz von 1869 eine Definition des Cheque und versteht darunter eine Anweisung auf das Guthaben des Ausstellers bei dem die Zahlungen desselben besorgenden Bankhause oder Geldinstitute. —

Wenn nun auch in diesen Bestimmungen des österreichischen und deutschen Gebühren- bezw. Stempelgesetzes keine Vorschrift liegt, Cheques nur auf eine gewisse Klasse von Gewerbetreibenden auszustellen, so wird dadurch doch indirekt ein solcher Zwang ausgeübt, weil nur die den Bestimmungen dieser Gesetze genügenden Cheques eine Vergünstigung hinsichtlich des Stempels genießen (in Oesterreich eine niedrigere Gebühr, als Wechsel u. s. w., in Deutschland Stempelfreiheit). — Eine solche Maßregel mag vom fiskalischen Standpunkte aus gerechtfertigt sein, vom volkswirtschaftlichen ist sie es u. E. nicht. Denn wenn wir dieselbe auch im englischen Rechte finden, also da, wo dieses System am vollkommensten ausgebildet ist, so haben wir doch zu berücksichtigen, daß der Cheque-Verkehr in England nicht durch Gesetze hervorgerufen, sondern lediglich den Bedürfnissen des gesammten Verkehrs gemäß entstanden ist, daß also dort nur die in freier Entwicklung gewonnenen Ein-

---

1) J. Junf, Ueber die rechtliche Natur des Cheque. Wien 1878.



richtungen — sei es durch gerichtliche Entscheidungen, sei es durch Parlaments-Akte — gesetzliche Sanktion erhalten haben. So ist dort die betreffende Bestimmung nur in das Gesetz gekommen, weil in England jeder Kaufmann, jeder Privatmann, Beamte u. s. w., welcher zeitweise größere Summen aufzubewahren hat, sich einen Bankier wählt, bei ihm die Beträge deponirt und darüber durch Cheque verfügt, und wir können dieselbe überhaupt nicht als eine Beschränkung auffassen, weil damit nur ein bestehender Gebrauch bezeichnet wird. —

Anders liegen die Verhältnisse in Deutschland und in den anderen Staaten des Continents. Einmal ist bei uns der Begriff „Bankier“ ein sehr weiter und bezeichnet nicht, wie in England, Männer, die eine ganz bestimmte Klasse von Geld-Geschäften betreiben. Dann haben wir erst schwache Anfänge des Cheque-Verkehrs, und bevor ein Gesetz nur die Anweisungen für Cheques erklärt, welche auf Bankhäuser ausgestellt sind, müßte doch abgewartet werden, ob die Bedürfnisse des Verkehrs nicht erfordern, daß Cheques auch auf andere Personen ausgestellt werden können; hier sind lediglich diese Bedürfnisse maßgebend, und es liegt durchaus nicht in der Sache selbst, daß der Bezogene ein Bankier sei. Wenn in England Cheques nur auf die Bankers ausgestellt werden, so geschieht es deshalb, weil der Verkehr kein Bedürfnis hat, andere Personen heranzuziehen; träte dort ein solches Bedürfnis ein, so würde eine Aenderung des Gesetzes jedenfalls sofort erfolgen. Aus diesen Gründen halten wir die Bestimmungen des französischen und belgischen Cheque-Gesetzes für richtig, welche mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Grundlagen, die der Cheque-Verkehr in England und in den übrigen Ländern hat, jede Beschränkung in dieser Beziehung vermeiden.



Bei den Berathungen über das französische Gesetz von 1874 stellte ein Mitglied des gesetzgebenden Körpers den Antrag, qu' à l'exemple du chèque en Angleterre, le chèque en France fût simplement un ordre de paiement donné à un banquier par un de ses clients ou par un autre banquier. Dagegen wurde geltend gemacht — besonders von Pouyer-Quertier —, daß die Verhältnisse in England ganz andere seien, als in Frankreich, wo man das Geld von Notaren, Kaufleuten, Industriellen, Pächtern u. s. w. zu fordern habe, wo es nicht in allen Städten geeignete Bankiers gebe, und wo man den Bank-Geschäften ein solches Privilegium nicht zuwenden könne<sup>1)</sup>.

Allerdings ist es richtig, daß eine weitere Vervollkommnung des Cheque-Verkehrs, wo dann die betreffenden Summen nicht ausgezahlt, sondern durch Austausch der Cheques beglichen werden, leichter zu erreichen ist, wenn die Papiere schließlich in die Hände weniger Personen — in London bei den Bankers — zusammenströmen, als wenn dieselben unter den Kaufleuten und Privatpersonen zerstreut sind; aber zunächst handelt es sich auf dem Continente darum, einen lebhaften Cheque-Verkehr erst ins Leben zu rufen, und das wird u. A. n. dadurch am besten erreicht, daß man dem Verkehre möglichst große Freiheit läßt, die Einrichtungen ganz nach seinen Bedürfnissen zu treffen. Es wird dadurch nicht verhindert, daß man sich eines Bankiers bedient, ja in der bei Weitem größten Zahl von Fällen wird eine solche Depositen- und Conto-Corrent-Verbindung auch ohne Zwang Seitens der Gesetzgebung mit Bankgeschäften eingegangen werden, nur liegt kein Grund vor, die Ausstellung von Che-

---

1) Edm. Le Mercier, Étude sur les Chèques. Paris 1874. S. 226.

ques auf andere Personen von vorn herein gänzlich auszu-  
schließen<sup>1)</sup>.

J. Funk<sup>2)</sup> geht noch weiter und verlangt, daß Cheques  
nur auf eine Bank, nicht auf einen Privat-Bankier, ge-  
zogen werden sollen, weil die Voraussetzung des Cheque-  
Wesens das Vertrauen sei, daß der Cheque, wenn er sonst  
in Ordnung ist, bei der Präsentation sicher eingelöst werde.  
— Aus den oben angeführten Gründen können wir diesem  
Vorschlage nicht zustimmen, um so weniger, da es noch nicht  
feststeht, daß eine Bank im Allgemeinen sicherer ist, als ein  
Privat-Bankier; mehrere in den letzten Jahren vorgenom-  
mene Liquidationen von Banken lassen das gewiß zweifel-  
haft erscheinen, und der Staat würde eine große Verant-  
wortlichkeit übernehmen, wenn er das Publikum durch ge-  
setzliche Bestimmungen veranlassen wollte, seine Depôts nur  
Banken zu übergeben; wir meinen, daß man es den Depo-  
nenten überlassen muß, sich diejenigen Personen — oder  
auch Banken — zu wählen, welchen sie ihr Vertrauen glau-  
ben schenken zu können. Das schließt nicht aus, daß der  
Staat auf andere Weise den Cheque-Verkehr sicher zu stellen  
sucht, z. B. wie in England durch die Androhung sofortiger  
Bankerott-Erklärung, wenn ein Depositar, der hinreichend  
Depôt von seinem Kunden erhalten hat, dessen Cheques nicht  
einlöst. — Uebrigens wird man einen Cheque nicht lediglich  
deshalb nehmen, weil er auf eine große Bank lautet, denn  
diese ist durch den Cheque noch nicht verpflichtet, denselben

---

1) Auch die Handelskammer in Braunschweig verlangt in ihrem  
Entwurfe der Grundzüge für ein deutsches Cheque-Gesetz, daß der Be-  
zogene ein Bankhaus oder Bankinstitut sei. — Vergl. G. Cohn, Gut-  
achten über diesen Entwurf, Bb. XXXIII S. 471 der Jahrbücher für  
Nationalökonomie u. Statistik.

2) Rechtl. Natur des Cheque. S. 12.



einzulösen; es wird hier vielmehr das Vertrauen maßgebend sein, welches man in den Aussteller setzt; wo ein solches nicht vorhanden ist, wird der Cheque in der Regel erst eingezogen werden, bevor eine Gegenleistung Seitens des Empfängers erfolgt. —

Der Cheque kann an eine bestimmte Person gestellt sein, aber auch „an Ordre“ oder an den Inhaber; das oben erwähnte englische Gesetz sagt payable to bearer or to order, und das französische Gesetz von 1865 bestimmt: Le chèque peut être souscrit au porteur ou au profit d'une personne dénommée. Il peut être souscrit à ordre et transmis même par voie d'endossement en blanc. ebenso auch das belgische Gesetz von 1873: Elles (sc. ces dispositions) peuvent être nominatives ou au porteur, ou transmissibles par voie d'endossement.

In Deutschland scheint über diese Frage noch Unsicherheit zu herrschen, und der Grund liegt darin, daß die Definition des Stempel-Gesetzes von 1869 darüber keine klare Auskunft erteilt. Es sagt: „Befreit von der Stempelabgabe sind die statt der Baarzahlung dienenden, auf Sicht zahlbaren Platanweisungen und Checks (d. i. Anweisungen auf das Guthaben des Ausstellers bei dem die Zahlungen desselben besorgenden Bankhause oder Geldinstitute), wenn sie ohne Accept bleiben —“, und man ist im Zweifel, ob nur die Cheques stempelfrei sind, welche an eine bestimmte Person lauten, oder auch Cheques, die an Ordre oder an den Inhaber zahlbar sind. Das Reichs-Oberhandelsgericht hat am 24. October 1875 (Entsch. Bd. 19 S. 73) entschieden, daß auch Ordre-Cheques eines Stempels nicht bedürfen, während in einem uns vorliegenden Schreiben der Provinzial-Steuer-Direktion der Provinz Sachsen gesagt wird, daß Cheques nur dann stempelfrei sind, wenn sie weder an Ordre



gestellt noch mit Accept versehen werden. — Bevor wir in Deutschland auf eine Ausdehnung des Cheque-Verkehrs rechnen können, wird es nöthig sein, die Möglichkeit solcher verschiedenartiger Auffassungen über die Erfordernisse des Cheque auszuschließen. —

Ein wesentliches Merkmal des Cheque ist ferner, daß er auf Sicht lautet. In England pflegt man zwar die Worte *on demand*, welche die Definition des *Crossed-Cheque-Gesetzes* enthält, nicht in den Cheque aufzunehmen; derselbe wird aber, wenn kein Zahlungstermin angegeben ist, als bei Vorzeigung zahlbar betrachtet<sup>1)</sup>. In Amerika dagegen sind die Cheques oft erst einige Zeit nach der Ausstellung zahlbar, oder es wird nicht der Tag der Ausstellung, sondern ein späteres Datum in das Formular eingesetzt (*post-dated*), was dieselbe Wirkung hat, nämlich, daß der Cheque nicht sofort präsentirt werden kann. — In Frankreich, Belgien und Deutschland muß der Cheque nach den gesetzlichen Bestimmungen bei Sicht zahlbar sein.

Man hat nun auch bei uns vorgeschlagen, daß derartige Papiere, welche nicht bei Sicht, sondern einige Tage „nach dato“ zahlbar sind, als Cheques gelten sollen; wir können uns jedoch diesem Vorschlage nicht anschließen. Nach unserer Auffassung (wir werden im Laufe unserer Untersuchung noch Gelegenheit finden, das näher darzulegen), bildet der den Cheque begleitende Vorgang — Ausgabe, Präsentation, Einlösung — ein unzertrennliches Ganzes, welches eben in seiner Gesamtheit die Stelle einer Baarzahlung vertreten soll; diese Aufgabe kann der Cheque aber nur dann erfüllen, wenn sich der Vorgang ohne Unterbrechung abwickelt;

1) Auch das Civilgesetzbuch für Nieder Canada bestimmt im Art. 2350: Cheques sind zahlbar bei der Präsentation, ohne Respecttage. — Vergl. Borchardt S. 242.

ziehen wir die einzelnen Theile auseinander, so daß der Inhaber den Betrag nicht sofort erheben kann, so erhält er nicht eine der Baarzahlung gleiche Leistung von seinem Schuldner, sondern es ist ihm nur ein im Augenblick noch nicht realisirbares Forderungsrecht übertragen worden. — Ferner: Der Cheque steht in enger Verbindung mit Conto-Corrent und Deposit, d. h. er darf nur über disponibele Summen in der Hand des Bezogenen ausgestellt werden — (wir kommen darauf sogleich zurück). Daraus folgt aber, daß der Empfänger auch die Berechtigung haben muß, diese Summen sofort zu erheben. Ist das nicht so, sondern der Cheque erst später zahlbar, so liegt kein Grund vor, weshalb derselbe nicht auch ohne verfügbare Beträge in der Hand des Bezogenen ausgestellt werden soll, wenn nur die Deckung in der Zeit bis zum Verfalltage bewirkt wird; dann circulirt er aber lediglich auf Grund des Creditcs, welchen der Aussteller genießt, und wir haben dann nicht eine Leistung, welche eine Baarzahlung vertreten kann, sondern eine Credit-Operation; auch müßte man dann zugestehen, daß der Cheque acceptirt werden könnte, weil das die Sicherheit eines solchen Verkehrs erhöhen würde. Geschieht das aber, so ist nahezu Alles beseitigt, was den Cheque charakterisirt; er circulirt auf Grund von Credit, während er weder für die Circulation bestimmt ist, noch den Credit allein als Basis haben soll, und unterscheidet sich dann kaum noch vom Wechsel.

Es ist soeben etwas anderes Charakteristisches beim Cheque berührt worden, nämlich sein Zusammenhang mit einer verfügbaren Summe in der Hand des Bezogenen. Der Depositen-Verkehr ist vom Cheque-Verkehre unzertrennlich, und wenn in England der Bankier Kassirer seiner Kunden sein und deren Zahlungen gegen Cheques besorgen soll, so muß Kasse — d. h. Guthaben, Deposit — vorhanden sein.



Allerdings kann in einem Lande, wo alle diese Einrichtungen auf Gebräuchen beruhen, nicht die starre Regel herrschen, die keine Ausnahme zuläßt, sondern der Verkehr wird diese Einrichtungen so zu gebrauchen streben, wie es seinen Bedürfnissen entspricht. So sehen wir, daß in England Cheques nicht nur dann ausgestellt werden, wenn baares Geld oder Noten deponirt sind, sondern auch dann, wenn Vorschüsse gegen Sicherheit gegeben werden, ja der Kunde eines Bankiers kann zuweilen Cheques auch dann noch ausgeben, wenn sein Deposit bereits zurückgezogen ist, da der Bankier vorübergehend wohl das Guthaben seiner Geschäftsfreunde „überziehen“ läßt. Letzteres bleibt aber immer nur eine Ausnahme, und dann bilden diese Vorschüsse mit oder ohne Sicherheit eigentlich besondere Geschäfte, die mit den Cheques nur sehr lose zusammenhängen. Vorschüsse werden auch ohne Cheque-Verkehr gegeben; in diesem Falle empfängt der Kunde das Geld und bezahlt damit seine Gläubiger; beim Cheque-Verkehre dagegen läßt er den Betrag in den Händen des Bankiers und verfügt darüber mittelst Cheques zu Gunsten seiner Gläubiger. — Es muß also bei der Ausstellung eines Cheque ein Deposit vorhanden sein, nur dürfen wir diesen Begriff nicht so eng fassen, daß er nur eine in Baar oder Noten hinterlegte Summe bedeutet, sondern er bezeichnet, wenn wir ihn als die Grundlage des Cheque betrachten, jede Summe, die der Bankier zur Disposition seines Kunden hält. —

Ähnlich scheinen auch im französischen Rechte diese Verhältnisse aufgefaßt zu sein. Freilich wird das in dem Gesetze vom 23. Mai 1865 nicht klar ausgedrückt, wenn Art. 1 als Zweck des Cheque hinstellt, à effectuer le retrait — — de tout ou partie des fonds portés au crédit de son compte (des Ausstellers) et disponibles, und man könnte



besonders aus dem Worte retraits den Schluß ziehen, daß ein Cheque nur dann ausgestellt werden darf, wenn vorher ein Betrag wirklich deponirt ist; aber es wurden schon in dem Berichte der Kommission über den Gesetzentwurf folgende Fragen aufgestellt: Le chèque doit-il être uniquement employé à retirer des sommes déposées en compte courant? Ne peut-il pas se trouver une foule de cas où des fonds deviennent disponibles, sans qu'il y ait eu un dépôt préalable? Le chèque ne doit jamais se substituer aux valeurs de crédit; mais ne peut-il arriver que, par suite d'une opération de change et d'escompte, d'une vente d'immeubles ou d'une remise de marchandises, un particulier ait à sa disposition des sommes qu'il peut transférer immédiatement à un tiers? — und hinzugefügt: Ces diverses questions ont été résolues par la commission dans le sens de l'affirmative. — Auch Rougier<sup>1)</sup> bemerkt dazu: Que doit-on entendre par ces mots compte, fonds disponibles? Faut-il les restreindre au seul cas où des fonds ont été matériellement déposés en compte? Ne doit-on pas aussi les étendre au cas où un banquier a écrit à son correspondant: je vous ouvre un crédit dont vous pouvez, dès à présent, faire usage? — und bei den Verhandlungen über das Gesetz gesteht der Regierungs-Kommissar zu, daß der § 1 des Art. 1 lato sensu verstanden werden müsse. — Daraus scheint uns hervorzugehen, daß in Frankreich das Hauptgewicht darauf gelegt wird, daß bei der Ausstellung eines Cheque die betreffende Summe disponibel ist, weniger darauf, woher diese verfügbare Summe stammt. —

— Verfolgen wir die Kammer-Verhandlungen über diesen

1) Des Chèques. Paris 1874. p. 36.

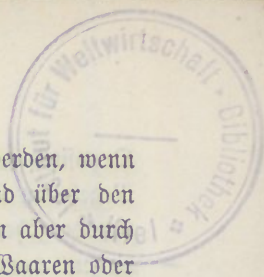
Gegenstand, so fällt uns die Verschiedenartigkeit der Auffassung dieser Verhältnisse in England und Frankreich auf, welche in der verschiedenen Entstehungsweise des Cheque in beiden Ländern ihren Grund hat. Während es dort selbstverständlich ist, daß die zur Deckung des Cheque dienende Summe sich in der Hand eines Bankiers befindet und also nur aus einem von Banken betriebenen Geschäfte — Deposit, Wechsel-Discontirung, Beleihung u. s. w. — hervorgegangen sein kann, wird bei der Berathung des französischen Gesetzes das Verlangen gestellt, daß alle Gläubiger, alle Personen, denen man etwas schuldet, Cheques auf ihre Schuldner ausstellen können. So sagt der Deputirte Morin: Je demande la permission de me servir d'un exemple. Un marchand de vin de Bordeaux envoie des vins, non pas à un commerçant, mais à un simple particulier; ce particulier lui répond: j'ai reçu votre envoi, j'en suis débiteur, les fonds sont à votre disposition à partir de cette époque. L'expéditeur pourra-t-il tirer un chèque sur ce particulier? Évidemment oui, d'après les intentions de la commission.

Das ist u. A. n. aber ein Irrthum; denn soll eine Summe wirklich für den Cheque disponibel sein, so genügt es nicht, daß der Schuldner erklärt, er wolle den Betrag einer Rechnung bezahlen oder er halte diesen zur Disposition des Gläubigers, sondern er muß auch damit einverstanden sein, daß Letzterer darüber mittelst Cheque verfügt; es würde also in solchen Fällen immer erst eine Verabredung mit dem Schuldner getroffen werden müssen, und das den Cheque-Verkehr sehr erschweren. Auch der Vertreter der Regierung macht hier den Einwand: En effet, autre chose est une créance même exigible et susceptible d'être demandée immédiatement en justice, autre chose un fonds



disponible. Wir meinen daher, daß Cheques nur auf Grund solcher Geschäfte und auf solche Personen ausgestellt werden dürfen, bei denen ein Einverständniß zwischen dem Aussteller und dem Bezogenen besteht, daß über die disponibelen Summen durch Cheques verfügt werden kann, und dieses Einverständniß muß entweder die Folge einer besonderen Verabredung oder eines Vertrages sein, oder es muß aus der Art der zu Grunde liegenden Geschäfte (z. B. Depositen) und aus der Stellung und gesammten Thätigkeit des Bezogenen (Bankier, Notar u. s. w.) von selbst hervorgehen. Aehnlich spricht sich auch der Regierungs-Kommissar bei der Verathung über das französische Gesetz aus: Il faut que le particulier quelconque, entre les mains duquel vous voulez constater la disponibilité, se soit placé volontairement dans une situation telle que la raison et au besoin la justice puissent reconnaître qu'il a accepté cette condition de disponibilité —, und Knies<sup>1)</sup> behauptet, daß der Bezogene eine Person oder Firma sein müsse, welche öffentlich kundbar und geschäftsmäßig Zahlungen für andere besorgt. Eine derartige Bestimmung hätte auch in das französische Gesetz aufgenommen werden müssen. Dadurch, daß man durch das Gesetz kein Privilegium für gewisse Klassen schaffen zu dürfen, sondern die Bestimmungen allgemein fassen zu müssen glaubte, wurde der Begriff „Cheque“ zu weit ausgedehnt und damit unklar, ja der Cheque würde bei solcher Anwendung sogar manche seiner wesentlichen Eigenthümlichkeiten verlieren. Seine Grundlage soll eine Conto-Corrent-Verbindung sein; eine solche ist aber in den erwähnten Fällen, z. B. da, wo der Schuldner nur die Beträge der Rechnungen über erhaltene Waaren bezahlt, nicht vorhanden.

1) Der Credit. Berlin 1876. S. 274.



Ein Cheque soll ferner nur dann ausgegeben werden, wenn der Aussteller eine Zahlung zu leisten hat, und über den Betrag lauten, welchen er zahlen will. Zieht man aber durch den Cheque den Betrag einer Rechnung über Waaren oder andere verkaufte Gegenstände ein, so ist nicht der Umstand für die Ausstellung maßgebend, daß man eine Zahlung leisten, sondern der, daß man eine Forderung realisiren will, und die Cheque-Summe richtet sich dann nicht nach der Höhe der Schuld des Ausstellers an den Empfänger, sondern nach der Höhe seiner Forderung an den Bezogenen. Der Zweck, den der Cheque zu erfüllen hat (eine Baarzahlung zu vermitteln), würde dann also ganz in den Hintergrund treten. — Auf der andern Seite muß der Bezogene, anstatt daß er den Betrag seiner Schuld dem Gläubiger übergiebt, welcher ihn dann sogleich wieder anderweitig verwenden könnte, die Summe bis zur Präsentation des Cheque unbenutzt liegen lassen; durch diese Art von Cheque-Verkehr würde also nicht unbenutztes Kapital der Produktion zugeführt, worin der hauptsächlichste Nutzen für die Volkswirtschaft liegt, sondern gerade das Gegentheil erreicht werden.

Für die Praxis sind freilich diese Erwägungen nicht von großer Bedeutung, weil der Cheque-Verkehr sich in der Regel von selbst auf Depositen- und Conto-Corrent-Verbindungen stützen wird; greift aber der Gesetzgeber einmal in diese Verhältnisse ein, so muß er seine Bestimmungen auch präcis fassen.

Funk<sup>1)</sup> bezeichnet es als einen entschiedenen Mißgriff des französischen Gesetzes, daß der Cheque nur auf Grund eines verfügbaren Guthabens ausgestellt werden darf. Will er damit sagen, daß, wenn Jemand mit einem Anderen in

1) Rechtliche Natur d. Cheque. S. 13.



Depositen- und Conto-Corrent-Verkehre steht und in der Regel ein Guthaben besitzt, er dieses ausnahmsweise und vorübergehend im Einverständniß mit dem Anderen „überziehen“ darf, so stimmen wir zu; die Regel muß aber sein, daß bei der Ausstellung eines Cheque ein auf diese Weise verfügbares Guthaben vorhanden ist; denn nur so kann der Cheque an die Stelle der Baarzahlung treten, welche, wie Knies<sup>1)</sup> sagt, im Cheque-Verkehre nur an einen anderen Ort verlegt wird<sup>2)</sup>. Alle Bestrebungen, welche darauf ausgehen, die Functionen des Cheque nach dieser Richtung hin zu erweitern, werden dahin führen, daß ein neues Papier geschaffen wird, welches sich den Creditpapieren nähert und von demjenigen ganz verschieden ist, welches in England der Volkswirthschaft dadurch so unermessliche Dienste leistet, daß es dazu beiträgt, Kapital von den Orten, wo es keine Verwendung finden kann, dahin zu leiten, wo es der Production dient.

Auch das deutsche Tempelgesetz erklärt die Cheques für

1) Der Credit. S. 277.

2) Knies will allerdings (S. 276), daß, wenn die Bank Jemandem ohne jede Anzahlung ein Guthaben für Zahlungs-Anweisungen eröffnet, diese ebensowohl ausgestellt werden können, als wenn Geld, Banknoten, Wechsel u. s. w. überwiesen worden sind. Da er aber als eine Analogie der Zahlung durch Cheques ansieht (S. 277), wenn Jemand in dem Laden eine Waare kauft, sie mitnimmt und von seinem Hause aus das Geld schickt, so wird er auch zugestehen, daß in der Regel beim Cheque ein wirkliches Guthaben, durch Hinterlegung von Werthen entstanden, existiren muß, denn in dem von ihm als Analogie angeführten Falle ist ja das Geld auch vorrätzig. — Das portugiesische Handelsgesetzbuch gestattet die Ausstellung von Cheques ohne Guthaben ausdrücklich; es sagt Art. 430: Zahlungsmandate (Cheq) auf Bankiers sind Aufträge, welche der Aussteller seinem Bankier zur Bezahlung einer darin bemerkten Summe an den Mandatar (Zahaber) giebt, es sei nun, daß Jener den Betrag schon in Händen hat, oder daß er solchen vorstufweise hergiebt. — Vergl. Borchardt S. 359.

Anweisungen auf das Guthaben des Ausstellers bei einem Bankhause oder Geldinstitute, nur ist dabei zu berücksichtigen, daß man bei dieser Bestimmung (wie auch in Frankreich) nicht nur Rücksicht auf die Natur des Cheque, sondern auch auf das Interesse der Staatskasse genommen hat, weil dieses Papier Vortheile hinsichtlich des Stempels genießt, welche man auf Creditpapiere nicht übertragen will. — Ebenso räumt auch ein österreichischer Ministerialerlaß von 1864 die Begünstigung hinsichtlich des Stempels nur den Anweisungen ein, welche auf Grund eines geleisteten Depots von dem Erleger gezogen sind<sup>1)</sup>.

Wegen des Zusammenhanges des Cheque mit einem Depositum ist dieser häufig mit der Banknote verglichen worden. Eine Aehnlichkeit zwischen den beiden Papieren ist in so fern vorhanden, als sie Forderungsrechte repräsentiren, welche der Inhaber jederzeit realisiren kann; im Uebrigen aber sind beide Papiere, namentlich was ihren Ursprung, ihre Funktion und Wirkung betrifft, durchaus verschieden. — Schon der Verkehr macht einen Unterschied zwischen Banknoten und Cheques; in den hier herrschenden Anschauungen wird aus der Note, also aus dem Repräsentanten eines Forderungsrechtes, bald ein selbstständiger Werth; derjenige, welcher eine Note besitzt, denkt in gewöhnlichen Zeiten kaum noch daran, daß er nur eine Forderung hat; er behandelt die Note wie das baare Geld und kann in ruhigen Zeiten auch so verfahren, da kaum ein Unterschied in der Verwendbarkeit — so weit es sich nicht um Zahlungen an das Ausland handelt — vorhanden ist; er kann mit der Note definitive Zahlung leisten, wie mit Metallgeld, und vernichtet er die Note, so entsteht derselbe Verlust, wie beim Metall-

1) Junt S. 11.



geld, die Forderung bleibt nicht bestehen. — Ganz anders beim Cheque; die Uebergabe dieses Papiers ist noch nicht definitive Zahlung, diese wird erst mit der Einlösung vollendet, und da der Cheque doch die Stelle einer Baarzahlung vertreten soll, so ist mit dem Besitz desselben die Verpflichtung verbunden, ihn in ganz kurzer Zeit zu präsentiren. Diese Verpflichtung und ferner der Umstand, daß der Cheque nicht, wie die Note, über runde Beträge lautet, hindert aber ihn im Verkehre wie Metallgeld oder Banknoten zu behandeln.

Aber auch dann, wenn wir den Gegenstand wissenschaftlich untersuchen, finden wir bedeutende Unterschiede. — Das mit der Note verbundene Forderungsrecht entsteht in der Regel bei der Discontirung von Wechseln oder bei der Gewährung von Darlehen Seitens der Notenbank, das dem Cheque zu Grunde liegende Forderungsrecht geht sowohl aus Einzahlungen in Baar und Noten, als auch aus Wechsel-Discontirung und Darlehen hervor; um die Untersuchung zu vereinfachen, wollen wir die Sache so betrachten, daß dem, der Wechsel discontirt oder ein Darlehen empfängt, der betreffende Betrag in Baar bezahlt wird — was ohne Noten- und Depositen-(Cheque-)Verkehr ja auch meistens geschehen müßte — und daß er diesen sogleich entweder gegen Noten umtauscht oder als Deposit zur Gutschrift übergiebt; wir haben dann nur den einfachen Fall in Betracht zu ziehen, daß die Bank sowohl gegen Noten als auch als Deposit eine Baar-Summe erhalten hat. —

Es zeigt sich uns dann, daß das mit der Note verbundene Forderungsrecht gleichzeitig mit der Ausgabe dieses Papiers entsteht und daß es so lange vorhanden ist, als die Note circulirt; kehrt diese zur Bank zurück — sei es beim Umtausch gegen Baar, sei es bei einer Zahlung an die Bank, —

so erlischt das Forderungsrecht; dasselbe geschieht auch, wie schon erwähnt, bei der Vernichtung der Note, und wir sehen also, daß das Forderungsrecht mit der Note eng verbunden ist und mit ihr steht und fällt. — Anders liegen die Verhältnisse beim Cheque; hier ist das Forderungsrecht schon vor dessen Ausstellung und Ausgabe vorhanden, denn es beginnt mit der Einzahlung des Betrages als Deposit; mit der Ausgabe des Cheque ist bereits der erste Schritt zur Realisirung dieses Rechtes geschehen, und mit der kurz darauf folgenden Präsentation durch den Inhaber und Einlösung durch den Depositar erlischt es wirklich. Die Note ist also eigentlich nur in ihrem letzten Stadium, d. h. da, wo sie der Bank präsentirt werden soll, dem Cheque ähnlich. — Auch die Vernichtung eines noch nicht eingelösten Cheque hat andere Folgen als der Verlust der Note; denn da das Forderungsrecht mit jenem nicht, wie mit dieser, unlösbar verbunden ist, und mit der Ausgabe nur der erste Schritt zur Löschung des Forderungsrechtes geschieht, der dazu nöthige zweite Schritt aber nach dem Verschwinden des Cheque nicht gethan werden kann, so bleibt das Forderungsrecht bestehen. —

Daraus geht hervor, daß auch die Funktion und der Zweck beider Papiere verschieden sein muß. Während mit der Ausgabe der Note ein Forderungsrecht geschaffen wird und diese dadurch ihre wirthschaftliche Aufgabe erfüllt, daß sie während der ganzen Dauer des Forderungsrechtes als dessen Repräsentant dient und bei Zahlungen benutzt werden kann, aber, sobald der Inhaber beschließt, den Betrag von der Bank einzuziehen oder sie zur Zahlung an die Bank zu verwenden, ihre Funktion erfüllt hat, — ist es der Zweck des Cheque, den früher deponirten Betrag zurückzuziehen und damit eine Zahlung zu leisten; wo also die Aufgabe



des Cheque beginnt, ist die Note am Ende ihrer Funktion angekommen, sie verrichtet dann ihre letzten Dienste als Zahlungsmittel<sup>1)</sup>.

In Folge dieser Unterschiede können beide Papiere auch nicht die gleiche Wirkung haben. Da beide Forderungsrechte jederzeit realisirbar sind, so müßte die Noten ausgebende Bank und der Depositar eigentlich die Beträge dort in Metall, hier in Metall oder Noten, vorrätig halten; nun hat aber bekanntlich die Erfahrung gelehrt, daß nie sämtliche Forderungen gleichzeitig geltend gemacht werden; der zur Zahlung Verpflichtete braucht deshalb nur einen gewissen Procentsatz disponibel zu halten, die übrigen kann er anderweitig produktiv verwenden. Bei der Noten-Ausgabe folgt daraus, daß die Circulationsmittel um den Betrag der nicht durch Metall gedeckten Noten vermehrt werden, und das hat alle Wirkungen, welche mit einem Anwachsen der Circulationsmittel verbunden sind; da aber für die Ausbehnung der Notenausgabe in der Sache selbst keine feste

---

1) Ein aus dem Verkehre gegriffenes Beispiel zeigt diesen Unterschied deutlich. Ein Kaufmann hat an einen Schiffer für Transport von Waaren 400 Mark zu zahlen; er giebt 200 Mark in Noten und einen Cheque über 200 Mk.; die Noten wird der Schiffer bei seinen Zahlungen ausgeben, mit dem Cheque wird er zu dem bezogenen Bankier gehen und dort die Summe erheben; er kann allerdings auch mit dem Cheque eine Zahlung leisten, jedenfalls aber muß dieser in ganz kurzer Zeit (in England bekanntlich spätestens am Tage nach der Ausstellung) dem Bezogenen präsentirt werden. Das mit den Noten verbundene Forderungsrecht bleibt also bestehen und sie können unbeschränkt weiter zu definitiven Zahlungen verwendet werden; mit dem Cheque wird ausgedrückt, daß der Schiffer den Betrag von 200 Mk. nicht aus der Kasse des Kaufmanns, sondern bei dem Bankier in Empfang nehmen soll; so bald das geschehen ist, erlischt das dem Cheque zu Grunde liegende Forderungsrecht. — Das Resultat würde bei beiden Papieren dasselbe sein, wenn der Schiffer auch die Noten zu der Bank trüge, welche sie ausgegeben hat, und sich dafür den Betrag in Baar auszahlen ließe. —

Schranke vorhanden ist, dieselbe vielmehr, wo es nicht durch Gesetz geschieht, nur durch Rücksichtnahme auf die allgemeine volkswirthschaftliche Lage in den nöthigen Grenzen gehalten werden kann, jene aber häufig sei es durch Unkenntniß, sei es durch die Interessen gewisser Klassen, in den Hintergrund gedrängt wird, so kann die Notenausgabe zeitweise auch eine solche Ausdehnung erfahren, daß die gesammte Volkswirthschaft leidet. — Bei der Ausstellung der Cheques werden Forderungsrechte nicht geschaffen, sondern diese müssen vorher vorhanden sein; es kann also auch keine willkürliche Ausdehnung der Ausgabe von Cheques stattfinden. Hier circulirt nicht, wie bei der Note, ein Theil des deponirten Betrages und der Träger der daraus entstehenden Forderung, sondern nur der betreffende Theil des Deposits kann anderweitig verwendet werden<sup>1)</sup>; so bald aber der Träger der Forderung ins Leben tritt, muß der Bezogene die entsprechende Summe zur Einlösung disponibel halten. Der Cheque-Verkehr vermehrt also die Circulationsmittel nicht, er kann aber in Verbindung mit dem Depositen-Geschäft und Klärungshaus eine Verminderung derselben herbeiführen, indem dann viele Zahlungen nicht mehr durch Baargeld oder Noten, sondern durch Austauschung der Cheques und Umschreibung in den Büchern der Depositare geleistet werden<sup>2)</sup>. —

Wichtiger noch ist der Unterschied zwischen dem Wechsel und Cheque. — Beide Papiere haben in der Form große Aehnlichkeit: es ist bei Beiden der Aussteller, der Bezogene, der Empfänger, das Datum und der Ort der Ausstellung vorhanden; lautet nun der Wechsel noch auf Sicht, so ist

1) Eine Analogie mit der Note wäre vorhanden, wenn der Depositenchein zu Zahlungen benutzt würde.

2) Ueber die Art dieses Verkehrs in England s. Ernst Seyd, das London. Bank-, Chec- und Clearinghouse-System. Leipzig 1874.



nur darin ein Unterscheidungszeichen zu finden, daß der Wechsel im Text als solcher bezeichnet ist. — Und doch sind beide Papiere durchaus verschieden. Wird ein Wechsel gezogen, so kann man dreierlei Zwecke dabei verfolgen<sup>1)</sup>: 1. man will eine später fällige Forderung vom Schuldner anerkennen lassen und sie unter das Wechselrecht stellen. — 2. man will eine solche Forderung schon vor dem Fälligkeits-Termine zur Abtragung von Verbindlichkeiten verwenden können. — 3. man will den Betrag einer Forderung von dem an einem anderen Orte wohnenden Schuldner einziehen oder eine Summe an einem anderen Orte auszahlen lassen (z. B. wenn ein Bankier in Berlin für einen ihm gezahlten Betrag einen Wechsel auf sein Haus in London ausstellt). — Die unter 1 und 2 angeführten Zwecke sind in der Regel verbunden, und wir können es deshalb kurz als die Funktion des Wechsels bezeichnen, eine bei Forderungen vorhandene Zeit- oder Raumn-Differenz zu überwinden.

Wie aus unseren bisherigen Darlegungen hervorgeht, hat der Cheque diese Funktionen nicht. Eine Anerkennung der Forderung durch den Bezogenen ist hier nicht erforderlich, weil der Cheque nur über einen disponiblen Betrag ausgestellt werden soll. — Beim zweiten Punkte tritt uns der Unterschied vom Cheque namentlich bei den gewöhnlichen kaufmännischen Wechseln, wo die Forderung aus der Lieferung von Waaren hervorgeht, entgegen. Hier handelt es sich darum, eine später fällige Forderung für eintretende Zahlungsverpflichtungen disponibel zu machen; mit dem Cheque will man eine bei dem Bezogenen jederzeit disponibele Summe ganz oder zum Theil zur Abtragung einer gegenwärtig auftreten-

---

1) Von Ausnahmen, wie Ausstellung von Gefälligkeits-Wechseln u. s. w., sehen von hier ab.

den Verpflichtung verwenden. Der Wechsel lautet daher über den Betrag der Forderung, der Cheque dagegen über den Betrag der Verpflichtung des Ausstellers. Daraus geht auch hervor, daß der Cheque seine Sicherheit in sich selbst tragen soll, während diejenige des Wechsels auf dem Credit des Ausstellers beruht; um sie zu erhöhen und durch den Credit des Bezogenen zu verstärken, erfolgt die Acceptirung, welche beim Cheque nicht erforderlich ist, da er sofort eingelöst wird.

Der Cheque soll, wie wir gesehen haben, eine Baarzahlung vermitteln, und derjenige, welcher beim Depositen- und Cheque-Verkehre die Kasse des Ausstellers führt, soll diese Zahlung an Stelle desselben leisten. Man wird also für eine solche Conto-Corrent-Verbindung in der Regel einen Bankier wählen, welcher an demselben Orte oder doch möglichst nahe wohnt, und so gehört auch die Ueberwindung einer bei Forderungen vorhandenen Raum-Differenz nicht zu den eigentlichen Funktionen des Cheque.

Da es die Aufgabe des Cheque ist, eine Baarzahlung zu vermitteln, so hat man auch die Zulassung des sogenannten Quittungs-Cheque, also eines Cheque in der Form der einfachen Quittung, oft befürwortet. Der Gebrauch, durch Uebergabe einer Quittung, gegen welche der Empfänger den Betrag bei einem Dritten erheben kann, Zahlung zu leisten, herrscht besonders in Frankreich, und zwar schon seit längerer Zeit. Bei der Abfassung des Entwurfes zu einem Cheque-Gesetze i. J. 1865 wollte die Regierung diesem Gebrauche Rechnung tragen und beide Formen (Anweisung und Quittung) als Cheques anerkennen; Art. 1 lautete daher nach dem Entwurfe: *Le chèque soit sous la forme d'un mandat de paiement, soit sous la forme d'un récépissé, est signé par le tireur* — — —, und die Motive führen



dafür folgende Gründe an: La faculté de créer le chèque sous toutes les formes ne peut manquer d'en faciliter l'émission, en permettant aux uns de choisir le mode qui présente le plus de garanties, à d'autres celui qui offre le plus de célérité; à d'autres enfin celui qui permet le moins de faire circuler leur signature. —

Die Kommission lehnte diese Bestimmung jedoch ab und beschloß dem gesetzgebenden Körper vorzuschlagen, daß der Cheque nur in der Form einer Anweisung ausgestellt werden dürfe; der Bericht dieser Kommission sagt darüber: Le récépissé constitue un mensonge commercial, puisqu'il est émis non après que l'encaissement est effectué, mais avant même que le tiré connaisse l'ordre de paiement; il est énoncé au passé quand il s'agit d'un fait futur. Trotzdem, daß sich die gesetzgebenden Faktoren dieser Ansicht angeschlossen, und der Quittungs-Cheque durch das Gesetz von 1865 nicht anerkannt wurde, hat sich die damals ausgesprochene Hoffnung, die Quittung werde der Anweisung weichen, nicht erfüllt. Der Verkehr hat an seinem Gebrauche festgehalten, und die Quittung wird auch heute noch benutzt, nur genießt sie nicht die Vortheile des Cheque hinsichtlich des Stempels u. s. w. —

Auch R. Koch<sup>1)</sup> wünscht die Zulassung von Quittungs-Cheques bei der Regelung des Cheque-Wesens in Deutschland, weil das die Frage, ob Cheques auf den Inhaber gestellt werden können, in einfachster Weise löse, und weil diese Form eine nochmalige Quittung des Empfängers entbehrlich mache<sup>2)</sup>.

---

1) Ueber Giro-Verkehr und den Gebrauch von Checks als Zahlungsmittel. Berlin 1878. S. 30.

2) Vergl. noch G. Cohn, der Entwurf der Grundzüge für ein deutsches Check-Gesetz. — Jahrb. f. Nat.-Def. u. Stat. Bd. 33. S. 475.

Wir sind der Meinung, daß die Form ohne Bedeutung ist, und daß es nur darauf ankommt, daß sämtliche Grundlagen für den Cheque vorhanden sind. Wir sehen in Frankreich, wie wenig sich der Verkehr in dieser Beziehung durch gesetzliche Bestimmungen leiten läßt, und das giebt die Lehre, daß bei einer Regelung des Cheque-Wesens stets Rücksicht auf alle vorhandenen Gebräuche genommen werden muß, wenn der Zweck erreicht werden soll. — Will man aber die Quittung als Cheque zulassen, so muß diese ein Merkmal haben, an welchem erkannt werden kann, daß hier Alles vorhanden ist, was wir beim Cheque voraussetzen; denn Quittungen werden aus ganz verschiedenartigen Veranlassungen ausgestellt, ohne daß sie immer die Natur des Cheque haben. Freilich wird es schwer sein, in einem Gesetze ein solches Merkmal aufzustellen; wir möchten daher, namentlich da, wo die Bahn noch frei ist und der Cheque-Verkehr noch nicht in größeren Kreisen Wurzel gefaßt hat, befürworten, den Quittungs-Cheque fallen zu lassen und dem Cheque eine Form zu geben, welche den Vorgang genau bezeichnet, nämlich die der Anweisung, zumal da mit Letzteren, wenn sie an den Inhaber lautet, genau dieselben Vortheile im Verkehre verbunden sind, wie mit der Quittung.

Wir haben jetzt die im Cheque-Verkehre auftretenden rechtlichen Verhältnisse einer Besprechung zu unterziehen. — Zunächst stehen auf der einen Seite der Aussteller und der Empfänger des Cheque, auf der anderen derjenige, welcher die Zahlung leisten soll, der Bezogene. Einen rechtlichen Anspruch gegen den Letzteren kann nur der Aussteller haben, jedoch geht dieser Anspruch dann nicht aus dem Cheque her-



vor, sondern aus dem ihm zu Grunde liegenden Geschäftsverhältniß, aus dem vorhandenen Deposit; der Bezogene ist daher auch dem Aussteller gegenüber nur verpflichtet, dessen Cheques einzulösen, so weit dessen Guthaben reicht. Wir haben nun gesehen, daß der Cheque, wenn er auch auf Grund eines Deposit ausgestellt wird, doch mit diesem nicht so eng zusammenhängt, wie die Note; der Cheque kann vernichtet werden und die Forderung bleibt; umgekehrt kann der Cheque auch noch in Kraft sein, während der Aussteller über sein Guthaben anderweitig verfügt (dieser Fall ist dann derselbe, als hätte er einen Cheque ohne Deposit ausgestellt), ja in England gilt der Cheque nach dem Tode des Ausstellers regelmäßig als widerrufen, und der Bezogene darf ihn nicht mehr einlösen, sobald er Nachricht von dem Ableben seines Kunden erhält<sup>1)</sup>. Der Cheque ist also keine Cession der ihm zu Grunde liegenden Forderung oder des in den Händen des Bezogenen befindlichen disponiblen Betrages, er ist nur ein Auftrag für den Depositär, die betreffende Summe an den Inhaber zu zahlen, und da der Cheque nicht acceptirt wird, so kann der Inhaber aus diesem Papiere keine Rechte gegen den Bezogenen geltend machen. —

Ein anderes rechtliches Verhältniß entsteht bei der Ausgabe des Cheque zwischen dem Aussteller und dem Empfänger. Der Cheque enthält einen Auftrag des Ersteren an Letzteren, eine Zahlung bei einem Dritten in Empfang zu nehmen oder — wenn dieser den Cheque weiter geben will — in Empfang nehmen zu lassen. Wird das Papier nun nicht eingelöst, so sind die Forderungen der Inhaber nicht befriedigt, und es fragt sich daher, welche Rechte dieselben gegen die früheren Inhaber und gegen den Aussteller geltend

---

1) Shaw, S. 113.

machen können. Es wird sich aber da ein Unterschied herausstellen zwischen den Cheques, die „an Ordre“ lauten, also girirt werden müssen, und denen, welche an den Inhaber zahlbar sind und daher die Unterschrift der Empfänger nicht tragen.

Was das englische Recht betrifft, so sagt darüber G. J. Shaw, S. 71: As regards the remedies of the holder of a cheque against the indorsers, they are the same as those which he would have on a bill of exchange; das französische Gesetz bestimmt im Art. 4: Toutefois, les dispositions du Code de commerce relatives à la garantie solidaire du tireur et des endosseurs au protêt et à l'exercice de l'action en garantie, en matière de lettres de change, sont applicables aux chèques, und die Bestimmungen des Code de commerce, auf welche sich dieser Artikel bezieht, sind im Art. 140 enthalten, welcher lautet: Tous ceux qui ont signé, accepté ou endossé une lettre de change, sont tenus à la garantie solidaire envers le porteur. — Das belgische Cheque-Gesetz von 1873 endlich sagt im Art. 3: La loi du 20. Mai 1872 sur la lettre de change est applicable à ces titres, en ce qui concerne la garantie solidaire du tireur et des endosseurs, l'aval, l'intervention, la perte du titre, le protêt faute de paiement, la déclaration constatant le refus de paiement, l'action en garantie et la prescription.

Hiernach hat der Inhaber eines Cheque dieselben Regressrechte gegen den Aussteller und die Indossanten, wie beim Wechsel; ist das aber in der Natur des Ersteren begründet, oder hat man besondere Zwecke im Auge gehabt, als man die für den Wechsel geltenden Bestimmungen auf den Cheque übertrug?



Sehen wir von den bestehenden Wechsel-Gesetzen ab, so könnten wir sagen, der Inhaber eines unbezahlten Wechsels solle denselben an den zurückgeben von welchem er ihn empfangen hat; die Lage sei dann dieselbe, als habe er keine Zahlung für seine ursprüngliche Forderung von Letzterem erhalten. Dabei würden sich aber doch manche Schwierigkeiten einstellen. Der Nehmer eines Wechsel prüft nicht die demselben zu Grunde liegende Forderung und kann sie auch nicht prüfen, weil der Wechsel aus Geschäften der mannigfachen Art hervorgehen kann und das eine lediglich zwischen dem Aussteller und Bezogenen zu ordnende Angelegenheit ist. Deshalb muß der Aussteller dem Empfänger, wenn dieser den Wechsel überhaupt an Zahlungsstatt nehmen soll, dafür bürgen, daß die Forderung in Ordnung ist und der Bezogene die Wechselsumme, die bei der Ausstellung noch nicht disponibel ist, bei Verfall zahlen wird; dieselbe Bürgschaft übernimmt dann jeder Indossant, und so entsteht die Regreßpflicht. — Dazu kommt, daß beim Wechsel die Zahlung meistens erst nach einiger Zeit fällig ist und der Inhaber keine Gewißheit hat, daß er dann, wenn keine Zahlung erfolgt, von seinem Vormanne noch Deckung für seine alte Forderung erhalten kann; außerdem entstehen bei der Nichteinlösung des Wechsels oft nicht unbedeutende Kosten, und auch die Wiedererlangung dieser wäre dann nicht sicher. Wollte man also die Circulation des Wechsels erleichtern — was offenbar im Interesse des Verkehrs liegt —, so mußte dem Inhaber eine größere Sicherheit, ein aus dem Wechsel selbst hervorgehendes Recht gegeben werden, und das geschah dadurch, daß man die Regreßpflicht sämmtlicher Indossanten und des Ausstellers aussprach. Noch mehr tritt dieses Bedürfnis da hervor, wo der Wechsel nicht zur Abtragung einer Schuld benutzt, sondern diskontirt werden soll. Hier

ist keine alte Forderung vorhanden, auf welche der Inhaber zurückgehen kann, wenn der Wechsel nicht bezahlt wird, hier muß daher der Wechsel selbst Rechte gewähren; ferner ist der Gewinn beim Diskontiren meistens ein verhältnißmäßig sehr niedriger, und im Interesse der Volkswirthschaft müssen wir diesen auch so niedrig als möglich zu halten suchen; mit einem so geringen Nutzen können die Diskonto-Banken aber nur arbeiten, wenn auch das Risiko auf ein möglichst kleines Maß beschränkt wird, und das ist dadurch erreicht, daß man den Aussteller und alle Indossanten dem Inhaber haftbar machte. —

Beim Cheque ist die Grundlage, auf welcher derselbe in der Regel ausgestellt werden soll und auch ausgestellt wird — Conto-Corrent und Deposit — bekannt. Der Inhaber muß den Betrag, der ihm durch den Bezogenen gezahlt werden soll, sofort in Empfang nehmen und er weiß daher in ganz kurzer Zeit, ob er dort für seine Forderung Befriedigung erhält oder nicht; giebt er den Cheque durch Indossament weiter, so wird darin nichts geändert, denn derselbe muß immer in der bestimmten kurzen Frist präsentirt werden. Endlich bildet der Cheque nicht, wie der Wechsel beim Diskontiren, den Gegenstand eines besonderen Geschäftes. Es ist daher u. E. nicht in der Natur des Cheque und den ihn begleitenden Umständen begründet, daß aus dem Papier selbst besondere Rechte für den Inhaber hervorgehen sollen; wird ein solches Papier nicht eingelöst, und hat also der Inhaber an dem Orte, an den er verwiesen war, keine Zahlung erhalten, so ist seine Forderung nicht gelöscht. Der Zahlungs-Auftrag kann ja dem Bezogenen auch mündlich oder brieflich ertheilt werden; bekommt dann der Gläubiger des Auftraggebers von Jenem das Geld, so



ist er befriedigt, erhält er es nicht, so bleibt seine Forderung bestehen; der Cheque ist nur eine andere Form dieses Zahlungsauftrages. Deshalb meinen wir, wenn wir die Zahlungslleistung durch Cheques an sich betrachten, daß es der Sache am meisten entsprechen würde, wenn bei Nicht-Einlösung des Cheque ein einfaches Zurückgeben desselben erfolgte<sup>1)</sup>, und der Aussteller den Betrag seiner Schuld, welchen der Gläubiger an der bezeichneten Stelle nicht erhalten konnte, selbst zahlte. — Bei der Verathung des französischen Cheque-Gesetzes wurde geltend gemacht: wie man die Sicherheit des Cheque durch die Bestimmung erhöhen wollte, daß dieser nur auf Grund von provision préalable ausgestellt werden dürfe, so müsse man dasselbe auch durch die Haftbarmachung der Unterzeichner nach Wechselrecht zu erreichen suchen. Es ist dabei aber ein wichtiger Unterschied übersehen: Ersteres gehört zu den Voraussetzungen, die, wie wir gesehen haben, beim Cheque-Verkehr unerläßlich sind; Letzteres ist ein nicht in der Natur des Cheque begründetes Beiwerk, welches in der Regel überflüssig wird, wenn die Vorbedingung der Ausstellung eines solchen Papiers — eine disponibele Summe in der Hand des Bezogenen — vorhanden ist; denn der Fall, daß der Depositar in der kurzen Zeit zwischen der

1) Das Civilgesetzbuch für Nieder-Canada stellt das dem Inhaber auch anheim; es heißt im Art. 2353: Der Inhaber eines Cheque kann, wenn er solchen vom Aussteller erhalten hat, im Falle der Zahlungsverweigerung Seitens der Bank denselben — dem Aussteller zurückgeben und die Schuld, für welche der Cheque gegeben wurde, gerichtlich betreiben, oder er kann den Cheque zurückbehalten und klagbar werden, ohne Protest erheben zu müssen. Ist der Cheque in Zahlung gegeben von einer anderen Partei als dem Aussteller, so kann der Inhaber gleichfalls solchen dieser Partei zurückgeben, oder auch gegen die Parteien, deren Namen sich darauf befinden, in derselben Weise wie bei inländischen Wechsln, gerichtlich betreiben. — Vergl. Vorchardt. S. 242.

Ausstellung und Präsentation eines Cheque seine Zahlungen einstellt, wird nur sehr selten eintreten. —

In dem Entwurfe eines österreichischen Cheque-Gesetzes <sup>1)</sup> ist vorgeschlagen, daß Jeder, der den Cheque mit seiner Unterschrift versehen hat, für den Eingang haftet, und ferner, daß, falls ein Cheque vor der Präsentation vom Aussteller widerrufen wird, die Bank ihn nicht honoriren darf. Diese beiden Bestimmungen stehen offenbar im Widerspruche; denn was soll dem Aussteller die Widerrufung des Cheque nützen, wenn er für den Eingang haftet?

Wenn nun die Regreßpflicht beim Cheque nicht in der Sache selbst begründet ist, so muß man in den oben genannten Ländern andere Gründe für die Uebertragung der betreffenden Rechte und Pflichten aus dem Wechsel auf den Cheque-Verkehr gehabt haben. Der Bericht der mit der Berathung des französischen Gesetz-Entwurfs von 1865 betrauten Kommission giebt uns darüber Aufschluß: *Au point de vue économique, une telle solidarité est nécessaire au succès des chèques et à leur adoption générale. Le porteur du chèque doit avoir une sécurité complète. Man wollte also dem Inhaber des Cheque eine besondere Sicherheit gewähren und dadurch den Cheque-Verkehr beleben. Der letztere, ausschließlich praktische Zweck ist aber im Interesse der Volkswirtschaft überall zu verfolgen, und wenn daher der Cheque eingeführt und dazu ein Gesetz erlassen werden soll, so halten auch wir die Aufnahme der Regreßpflicht für wünschenswerth, vorausgesetzt daß dieselbe wirklich ein Mittel zur Ausdehnung des Cheque-Verkehrs ist, was freilich nur die Erfahrung zeigen kann. Jedoch vermögen wir der Sache nicht die Wichtigkeit zu geben,*

---

1) Vergl. Deutsches Handelsblatt 1880. S. 465.



welche ihr oft beigelegt wird<sup>1)</sup>; meistens wird es doch so sein, daß man einen unbezahlten Cheque einfach zurückgiebt und die Forderung, für welche mittelst des Cheque Zahlung geleistet werden sollte, als fortbestehend betrachtet; Regreß aus dem Cheque nach Wechselrecht wird man nur in ganz besonderen Fällen nehmen; man berücksichtige nur, daß der Cheque in England schon am Tage nach der Ausstellung zurückgegeben werden muß und daß der Geber und Nehmer gewöhnlich in näherem Verkehre stehen, ferner daß man Cheques überhaupt nur von sicheren, bekannten Leuten nimmt<sup>2)</sup> und falls ein Cheque von einem Unbekannten für Waaren in Zahlung gegeben wird, man den Betrag vor der Auslieferung der Waare erst einzieht, daß endlich bei größeren Transactionen die Nichtbezahlung eines Cheque die ganze Transaction nichtig machen würde<sup>3)</sup>. —

Ein Umstand ist bei der Frage der Regreßpflicht jedoch noch zu bedenken. Der Cheque ist bestimmt, tief in alle Schichten der Bevölkerung einzudringen; nun ist aber oft z. B. bei unseren Handwerkern schon ein Widerwille dagegen vorhanden, ihren Namen auf Wechsel zu setzen, weil sie fürchten, daß das ihnen Verlegenheiten verursachen kann. Wird die Regreßpflicht der Wechselbetheiligten auf den Cheque übertragen, so ist zu fürchten, daß die betreffenden Kreise sich auch vom Cheque-Verkehre fern halten werden, und das würde dann der Ausbreitung dieses Verkehrs wieder entgegenwirken. Daß der Cheque in England trotz der Regreßpflicht eine solche Verbreitung auch außerhalb der kaufmänni-

---

1) R. Koch (S. 29): „Gerade der Punkt des Regresses ist es, welcher für den Gebrauch des Cheque als Zahlungsmittel gewissermaßen eine Lebensfrage bildet“.

2) Ernst Seyd, S. 18.

3) E. Seyd, S. 19.

ſchen Kreiſe gewonnen hat, iſt wohl z. Th. darauf zurückzuführen, daß dieſer Verkehr dort erfahrungsmäßig ſehr ſicher iſt, und daß nur ſehr wenig Cheques unbezahlt bleiben.

Lautet der Cheque an den Inhaber und wird derſelbe ohne Indoffament weiter begeben, ſo iſt nur der Ausſteller aus der Urkunde ſelbſt verſlichtet, weil nur deſſen Unterſchrift ſich auf dem Cheque befindet. Der Inhaber kann gegen ſeinen Vormann, wenn dieſer nicht der Ausſteller iſt, bei nicht erfolgter Einlöſung nur die alte Forderung geltend machen. Daſſelbe gilt auch für den Quittungs-Cheque.

Sei es nun, daß bei der Nicht-Einlöſung des Cheque die alte Forderung fortbeſtehen, ſei es, daß dem Inhaber aus dem Cheque ſelbſt das Recht des Regreſſes gegen die Indoffanten erwachſen ſoll, in beiden Fällen bedarf es des Beweiſes, daß der Cheque nicht bezahlt iſt. In England iſt dafür keine beſondere Formalität vorgeschrieben; nach dem franzöſiſchen und belgiſchen Geſetze iſt eine Proteſterhebung wie beim Wechſel erforderlich. Wir ſtimmen hier der Anſicht Roch's und Funt's bei, daß die Forderung des Proteſtes den Cheque-Verkehr unnöthig erſchwere, und daß der Beſitz des Cheque mit einer Bemerkung des Bezogenen verſehen, aus welcher der Grund der Zahlungsverweigerung hervorgehe, einen hinreichenden Beweis liefere.

Dagegen iſt es nothwendig, daß der Cheque in ganz kurzer Zeit nach der Uebergabe präſentirt wird, und daß, falls die Einlöſung nicht erfolgt, die Indoffanten und der Ausſteller ſofort benachrichtigt werden. Wir haben geſehen, daß der Cheque den Zweck hat, eine Baarzahlung mittelſt disponibler Mittel zu leiſten; Jemand, der ſolche Mittel zur Verfügung hat, wird aber nicht Willens ſein, für den Eingang des Cheque oder für Bezahlung ſeiner alten Schuld längere Zeit zu haften, da ihm inzwiſchen ſein Depôt ver-



loren gehen kann; er würde vielmehr wahrscheinlich vorziehen, selbst den Betrag bei dem Depositar zu erheben und damit seine Schuld zu bezahlen; dann würde aber der Cheque-Verkehr bedeutend eingeschränkt werden. Auch im Interesse des Bezogenen kann es nicht liegen, daß Cheques monatelang circuliren und dann vielleicht mit einem Male präsentirt werden. Es ist daher sowohl in England, als auch in Frankreich und Belgien eine kurze Präsentationsfrist festgesetzt worden. In ersterem Lande muß der Cheque in einer angemessenen Zeit (*within a reasonable time*) präsentirt werden, und bei streitigen Fällen hat das Gericht zu entscheiden, ob diese Zeit eingehalten worden ist; bei Cheques, deren Empfänger und Bezogener an einem Orte wohnen, ist der Betrag in der Regel am Tage nach der Ausstellung einzuziehen, und darin wird nichts geändert, wenn der Empfänger den Cheque nicht selbst einzieht, sondern weiter giebt; hält der Inhaber diese Frist nicht ein, und fallirt inzwischen der Bezogene mit dem Guthaben des Ausstellers, so hat der Inhaber den Verlust zu tragen<sup>1)</sup>.

Die Benachrichtigung von der Nicht-Einlösung des Cheque muß in England in derselben Weise geschehen, wie beim Wechsel; Shaw (S. 68) hält folgende Form für die zweckmäßigste:

London, . . . . . 18 . .

Sir, I hereby give you notice that the cheque drawn by . . . . upon the . . . . Bank (and endorsed by you) has been duly presented for payment, but was dishonoured, and is unpaid. I request you to pay me the amount thereof.

---

1) Shaw, S. 61. — Ähnliches bestimmt auch Art. 2352 des Civilgesetzbuches für Nieder-Canada.

In Frankreich hatte man bei der Festsetzung einer kurzen Präsentationsfrist nach den Motiven zum Gesetzentwurfe von 1865 folgende Zwecke: Erstens wollte man den Cheque scharf vom Sichtwechsel scheiden, für welchen bekanntlich überall eine längere Frist zur Einziehung gesetzt ist; der Cheque soll nicht circuliren, und der Kommissions-Bericht sagt: *Il ne faut pas, qu'en augmentant la circulation du chèque on en fasse un instrument qui le substituerait aux valeurs de crédit*; ein Papier, welches längere Zeit circulirt, soll daher auch die Vergünstigung hinsichtlich des Stempels nicht genießen. Zweitens sollte die Saumseligkeit des Inhabers die Verantwortlichkeit des Ausstellers und der Indossanten nicht ins Unendliche ausdehnen können. — Bei der Berathung des Gesetzes war man auf allen Seiten damit einverstanden, daß eine kurze Präsentationsfrist festgesetzt werde, und die Frage war nur, wie lang diese Frist sein sollte. Die ursprünglich eingesetzte Special-Kommission hatte für Cheques, deren Empfänger und Bezogene an demselben Orte wohnen, 5 Tage, wo diese Betheiligten an verschiedenen Orten wohnen, 10 Tage vorgeschlagen; der Staatsrath wollte dem Beispiele Englands folgen und die Frist so kurz als möglich bemessen; er proponirte daher 3 und 5 Tage; die Kommission des gesetzgebenden Körpers hielt das für zu streng, weil doch Umstände eintreten könnten, welche die Präsentation ohne Schuld des Inhabers verzögern; sie hielt deshalb eine Frist von 5 und 8 Tagen für die zweckmäßigste, und diese ist auch acceptirt worden<sup>1)</sup>. —

Hier treten nun einige Fragen auf, welche von allgemeinem Interesse sind, namentlich da, wo man das Cheque-

---

1) Das belgische Gesetz von 1873 gewährt nur eine Frist von 3 und 6 Tagen.



System einzuführen wünscht. Wenn durch Gesetz oder durch Gebrauch eine Frist zur Präsentation des Cheque festgesetzt ist, so fragt es sich, welches sind die Folgen, wenn diese Frist nicht eingehalten wird? — Man könnte darauf antworten: der Inhaber verliert seine Rechte aus dem Cheque; — aber damit ist die Frage doch noch nicht ganz gelöst. — Allerdings ist bei verspäteter Präsentation das volle Regreßrecht des Inhabers nicht mehr vorhanden; es können jedoch, was sein Verhältniß zum Aussteller betrifft, hier zwei Fälle vorliegen: entweder der Aussteller hat ein Guthaben bei dem Bezogenen gehabt und dieses ist durch Zahlungseinstellung des Letzteren nach Ablauf der Präsentationsfrist verloren worden; oder er hat den Cheque ohne ein solches Guthaben ausgestellt. — Im ersteren Falle ist der Aussteller seiner Verpflichtung vollständig nachgekommen; er hat seinen Gläubiger durch Uebergabe des Cheque an eine andere Kasse verwiesen, wo der Betrag in Bereitschaft lag; der Gläubiger hat sich durch Annahme des Cheque damit einverstanden erklärt, den Betrag an der betreffenden Kasse in der gesetzlichen Präsentationsfrist in Empfang zu nehmen; durch die Verspätung in der Präsentation ist der disponible Betrag verloren worden, und nun kann kein Anderer den Verlust tragen, als der Inhaber des Cheque, welcher die disponible Summe nicht erhoben hat, und dem allein die Schuld zufällt, daß dieser Betrag untergegangen ist. — Im zweiten Falle hat der Aussteller seine Verbindlichkeiten nicht erfüllt; er hat zur Abtragung einer Schuld ein Papier gegeben, welches keinen Werth hatte, da keine entsprechende Summe zur Einlösung disponibel war; versäumt hier der Inhaber die Präsentation, so kann dadurch sein Anspruch gegen den Aussteller nicht vollständig aufgehoben werden, weil dieser sich sonst, da er keinen Theil seines Vermögens zur Tilgung

der Schuld verwendet hat, zum Nachtheile des Inhabers bereichern würde<sup>1)</sup>. —

Sind Indossanten vorhanden, so befinden sich diese in einer anderen Lage. Während, wie wir gesehen haben, der Aussteller im letzten Falle für eine Leistung des Cheque-Empfängers keine Gegenleistung gegeben hat, steht bei den Indossanten der Leistung des Indossatars die Leistung an den „Vormann“ gegenüber; es findet daher keine Bereicherung statt, und da es ein Zweck der kurzen Präsentationsfrist beim Cheque ist, die Haftbarkeit der Indossanten abzukürzen, so wird bei versäumter Präsentationsfrist der Regreß gegen die Indossanten in jedem Falle ausgeschlossen sein und der Inhaber seine Ansprüche nur gegen den Aussteller erheben können.

Nach dem englischen Rechte haftet der Aussteller dem Inhaber sechs Jahre, außer wenn er durch die Nicht-Präsentation einen Verlust erleidet<sup>2)</sup>. Im französischen Gesetzentwurfe v. 1865 hatte Art. 5 ursprünglich folgende Fassung: Si le porteur n'en réclame pas le paiement dans les délais indiqués au paragraphe précédant, il perd son recours contre les endosseurs, et même contre le tireur dans le cas où celui-ci aurait fait provision, sauf les réserves indiquées à l'art. 171 du Code de commerce — und der Artikel des Code de commerce, auf welchen hier Bezug genommen ist, und der vom Wechsel handelt, lautet:

---

1) Das holländische Handels-Gesetzbuch bestimmt im Art. 223: Die Verantwortlichkeit des ursprünglichen Ausstellers bleibt bestehen, wenn er nicht beweist, daß er während der im vorigen Artikel bestimmten Zeitfrist (10 Tage) baares Geld zum Betrage des ausgestellten Papiers bei der Person, auf die dasselbe lautet, gehabt und dieses Geld seitdem bei derselben gelassen hat. — Vergl. Borchardt, S. 293.

2) Shaw, S. 65.



Les effets de la déchéance prononcée par les trois articles précédents cessent en faveur du porteur contre le tireur qui après l'expiration des délais fixés pour le protêt, la notification du protêt ou la citation en jugement, a reçu par compte, compensation ou autrement, les fonds destinés au paiement de la lettre de change. — Es entstanden jedoch bei der Berathung Zweifel darüber, wie weit der Aussteller durch die nicht rechtzeitig erfolgte Präsentation des Cheque befreit werden sollte; der Art. 5 wurde daher an die Kommission zur abermaligen Prüfung zurückgegeben, und deren Bericht (rapport supplémentaire de M. A. Darimon) bemerkt dazu: Dans l'esprit de la commission, comme du Gouvernement, de qui cette rédaction (die oben angegebene) émanait en partie, ce paragraphe signifiait seulement que, si le porteur d'un chèque laissait passer les délais, il perdait le recours en garantie qui résultait de son titre. Jamais ni la commission, ni le Conseil d'Etat n'avaient eu la pensée que le fait d'avoir négligé de présenter le chèque en temps utile entraînât pour le porteur une déchéance absolue et définitive et que celui-ci n'eût plus le droit d'agir par les voies ordinaires. Um die erwähnten Zweifel zu zerstreuen, gab die Kommission den Fall an, wo eine vollständige Rechtsausschließung des Inhabers eines Cheque stattfindet, und schlug als Art. 5 vor: Le porteur d'un chèque qui ne réclame pas le paiement dans les délais ci-dessus perd son recours contre les endosseurs; il perd aussi son recours contre le tireur, si la provision a péri par le fait du tiré après lesdits délais. — Das ist von den gesetzgebenden Faktoren genehmigt worden. —

Von den übrigen, den Cheque betreffenden rechtlichen Fragen wollen wir noch folgende hervorheben:

Jeder Cheque soll ein Datum tragen; in England muß er von dem Tage der Ausgabe oder von einem Tage vor derselben datirt sein <sup>1)</sup>. Die Vergünstigung hinsichtlich des Stempels ist dort nur den Cheques gewährt, welche on demand zahlbar sind; man hat aber versucht, diesen Vortheil auch auf solche Papiere zu übertragen, welche erst einige Zeit nach der Ausstellung eingelöst werden sollen, und wollte das damit erreichen, daß man den Cheque „nachdatirte“, d. h. daß man ein späteres Datum daraufsetzte, als das, an welchem er ausgegeben wurde; ein solcher Cheque war also nicht mehr on demand zahlbar, sondern erst so viel Tage nach der Ausgabe, als er nachdatirt wurde; das widerspricht jedoch den Bestimmungen des Stempelgesetzes, und die Beteiligten laufen Gefahr, der Stempel-Kontravention angeklagt zu werden. Uebrigens pflegen die englischen Bankiers nachdatirte Cheques nicht einzulösen <sup>2)</sup>.

Ähnliche Erfahrungen scheint man auch in Frankreich gemacht zu haben; denn das Gesetz von 1865 enthält in Art. 6 folgende Bestimmung: *Le tireur qui émet un chèque sans date, ou qui le revêt d'une fausse date, est passible d'une amende égale à six pour cent de la somme pour laquelle le chèque est tiré.* — Dieser Paragraph lautete im ursprünglichen Entwurfe noch strenger, indem es hier statt *passible* — „puni“ hieß. Der gesetzgebende Körper beseitigte aber die Worte *puni* und *peine*, weil es sich nicht um ein Vergehen, sondern um eine Kontravention handle.

Die Gründe für diese Bestimmung sind darin zu suchen, daß man dem Cheque seine Eigenthümlichkeit, bei Sicht zahl-

1) Shaw, S. 3.

2) Shaw, S. 6.



bar zu sein, erhalten wollte. Der Kommissionsbericht hebt mehrfach hervor, daß ein Cheque sofort eingelöst werden müsse, denn die Uebergabe solle ja Zahlung sein, und wenn man eine Zahlung leisten wolle, so genüge es nicht, solche zu versprechen. Habe der Cheque aber kein Datum oder ein falsches, so sei er wohl der Form nach bei Sicht zahlbar, aber nicht in Wirklichkeit; auf ein solches Papier müsse daher der gewöhnliche Stempel entrichtet werden.

Ursprünglich wollte man für die ungenaue Datirung eines Cheque den Aussteller und den ersten Indossanten verantwortlich machen; dem scheinen sich aber insofern Schwierigkeiten entgegengestellt zu haben, als bei Cheques, die au porteur lauten, der erste Inhaber nicht leicht zu ermitteln ist; man beschränkte sich daher darauf, den Aussteller mit Strafe zu bedrohen. — Das neuere Cheque-Gesetz von 1874 macht jedoch nicht nur den Aussteller und den ersten Indossanten, sondern auch den Bezogenen verantwortlich, wenn dieser einen solchen falsch oder nicht datirten Cheque einlöst. —

Wir haben früher gesehen, daß die Ausstellung eines Cheque in der Regel nur auf Grund eines Guthabens geschehen soll; diese Auffassung von dem Wesen des Cheque hat nun da, wo das Papier im Gebrauch ist, auch in das Recht Eingang gefunden. — In England hat der Mangel eines Guthabens und die daraus hervorgehende Verweigerung der Einlösung eines Cheque zunächst die civilrechtliche Folge, daß das Geschäft, bei welchem solches Papier als Zahlungsmittel verwendet worden ist, als annullirt gilt, daß also z. B. Waaren, welche der Aussteller gegen Cassé gekauft und mit einem derartigen Cheque bezahlt hat, zurückgefordert werden können<sup>1)</sup>. Die Ausgabe eines Cheque ohne Deckung

1) Shaw, S. 140.

kann aber außerdem noch criminalrechtlich verfolgt werden, wenn die Merkmale eines beabsichtigten Betruges vorhanden sind. —

Die französische Regierung hatte 1865 folgende Bestimmung vorgeschlagen: L'émission d'un chèque sans provision préalable et le retrait de la provision après la délivrance du chèque, sont punis en cas de mauvaise foi, des peines prononcées par l'art. 405 du Code pénal, sauf l'application, s'il y a lieu, de l'art. 463 du même Code. — Der Zweck dieses Vorschlages war, den Inhabern von Cheques eine Garantie für die Einlösung derselben zu bieten, dadurch das Vertrauen im Publikum zu heben und so zur Ausdehnung des Cheque-Verkehres beizutragen. Die Kommission des gesetzgebenden Körpers hielt aber diesen Paragraphen für nachtheilig; die Ausgabe eines Cheque ohne Guthaben könne auf Irrthum beruhen; der Aussteller sei daher der Gefahr ausgesetzt, daß er, selbst wenn keine mauvaise foi vorliege, sich Verhören unterwerfen müsse, und daß dadurch sein kaufmännischer Ruf leide; eine solche Bestimmung werde daher nicht dazu beitragen, den Cheque-Verkehr zu erweitern. Ein Redner des gesetzgebenden Körpers macht außerdem geltend, daß eine solche Strafandrohung überhaupt überflüssig sei, weil, wenn sich betrügerische Manipulationen nachweisen ließen, diese von selbst unter Art. 405 des Code pénal fielen. — Man nahm daher nur noch Rücksicht auf das fiskalische Interesse und gewährte die Stempel-Bergünstigung lediglich den Papieren, welche das Merkmal des Cheque besitzen, d. h. auf Grund von provision préalable ausgestellt sind. — Art. 6 lautet nun: L'émission d'un chèque sans provision préalable est passible de la même amende (d. h. 6 pr. Ct.), sans préjudice de l'application des lois pénales s'il y a lieu. —



Das Gesetz von 1874 fügte hinter préalable noch die Worte: „et disponible“ bei; das ist eine Verbesserung, denn wir haben früher gesehen, daß es nicht genügt, wenn ein Guthaben vorhanden ist, sondern die Summe muß auch für den Cheque disponibel sein. —

Es fällt uns bei dem Art. 6, wie er schließlich angenommen wurde, auf, daß der Passus der Regirungs-Vorlage: *et le retrait de la provision après la délivrance du chèque* — ausgelassen worden ist. — Die Anregung dazu ging von dem Vertreter der Regierung aus. In der ursprünglichen Vorlage war Beides, sowohl die Ausgabe des Cheque ohne Guthaben als auch die Zurückziehung des Letzteren, als Vergehen unter die Strafgesetze gestellt; nachdem aber durch den Beschluß des gesetzgebenden Körpers die Ausgabe ohne Guthaben nur als Stempel-Kontravention behandelt werden konnte, änderte sich die Lage. Der Cheque muß bei der Ausgabe gestempelt werden; ist hier ein Guthaben vorhanden, so genügt der Cheque-Stempel und mit der Entrichtung dieses ist der Stempelpflicht genügt; ein späteres Zurückziehen des Guthabens kann darauf keinen Einfluß mehr ausüben. — Diese Auffassung wurde bei den Verhandlungen allerdings mehrfach angegriffen, fand aber schließlich die Zustimmung der Majorität. —

Das belgische Gesetz von 1873 folgt auch in dieser Frage dem französischen. —

Es haben nun noch in England durch die Entscheidungen der Gerichtshöfe, in anderen Staaten durch das Gesetz eine Anzahl den Cheque betreffender Fragen ihre Regelung gefunden; jedoch sind diese weniger von volkswirtschaftlichem als juristischem Interesse, und wir können sie daher hier übergehen.

Zu erwähnen ist nur noch eine ausschließlich in Eng-

land benutzte Einrichtung, nämlich der Gebrauch der Crossed Cheques. Schon in den Parlaments-Akten 19 et 20 Vict. c. 25 und 21 et 22 Vict. c. 79 sind diese Cheques genannt und die jetzt noch gültigen Bestimmungen sind enthalten in der Akte 39 et 40 Vict. c. 81: An Act for amending the Law relating to Crossed Cheques vom 15. Aug. 1876. — Das Wesen dieser Papiere wird am besten aus einigen Paragraphen des letzteren Gesetzes zu erkennen sein:

§ 4. Where a cheque bears across its face an addition of the words „and company“ or any abbreviation thereof, between two parallel transverse lines, or of two parallel transverse lines simply, and either with or without the words „not negotiable“, that addition shall be deemed a crossing and the cheque shall be deemed to be crossed generally.

Trägt der Cheque den Namen eines Bankiers, so ist er crossed specially. —

§ 5. Where a cheque is uncrossed, a lawful holder may cross it generally or specially.

§ 7. Where a cheque is crossed generally, the banker on whom it is drawn shall not pay it otherwise than to a banker. Where a Cheque is crossed specially, the banker on whom it is drawn shall not pay it otherwise than to the banker to whom it is crossed, or to his agent for collection<sup>1)</sup>.

Diese Einrichtung und die Sanctionirung derselben durch

1) Bei dem Crossed Cheque sind zwei parallele Linien schräg von unten nach oben gezogen, z. B.:

crossed generally. crossed specially.

£ Co.

Glyn & Co.



Parlamentsakte hat den Zweck, dem Cheque-Verkehre eine größere Sicherheit zu geben, und dieser Zweck ist in der That nahezu vollkommen erreicht<sup>1)</sup>. Aber die Einrichtung beruht auf den besonderen englischen Verhältnissen, namentlich darauf, daß dort der Begriff Banker ein ganz bestimmter ist. Auf ein anderes Land würde sich dieser Gebrauch nicht leicht übertragen lassen, und wenn Koch<sup>2)</sup> sagt, die Einrichtung der crossed Cheques finde sich bei uns in der Bestimmung der Reichsbank wieder, daß der Conto-Inhaber die Befugniß zur Einziehung des Cheque auf einen Giro-Kunden der Reichsbank beschränken kann, so ist das doch nur zum Theil zutreffend. In England stehen diejenigen, welche einen crossed Cheque empfangen, meistens mit einem der Bankers, welche dort bekannte Geschäftsleute sind, in Verbindung; denn der Banker ist der Depositär, der Kassaführer, welchem Jeder, der größere Summen einnimmt und ausgiebt, die zeitweise nicht verwendbaren Werthe, darunter auch die empfangenen Cheques, als Deposit übergibt. Die Vorschrift, gewisse Cheques nur durch einen Bankier einziehen zu lassen, ist also dort keine lästige Beschränkung, sondern sie bezeichnet die Art der Realisirung, welche in vielen Fällen von selbst angewendet wird. — Die Giro-Kunden der Reichsbank sind Kaufleute aus allen Geschäftszweigen; diese haben aber ihre Kundschaft nur in engen Kreisen und können dieselbe nicht, wie der englische Bankier, über die ganze Geschäftswelt, noch weniger über alle Stände ausdehnen. Es ist daher zweifelhaft, ob der Empfänger eines solchen Cheque gerade mit einem Giro-Kunden in Verbindung steht und namentlich, ob er ihm in dem betreffenden Momente eine Zahlung zu leisten hat, bei welcher er den Cheque verwen-

1) Vergl. Ernst Seyd. S. 21.

2) S. 23.

den kann. Die Bestimmung der Reichsbank kann den englischen crossed Cheque nur so lange ersetzen, als sich der Cheque-Verkehr in der Hauptsache auf die Giro-Kunden der Reichsbank beschränkt, und die Empfänger solcher Cheques in der Regel selbst Giro-Kunden sind; dringt der Cheque in weitere Kreise, so dürfte die Benutzung dieser Einrichtung ohne einen so ausgedehnten Depositen-Verkehr, wie ihn England besitzt, doch z. Th. recht störend wirken. —

Der crossed Cheque oder etwas Aehnliches ist weder im französischen noch im belgischen Gesetze erwähnt, wahrscheinlich weil man einsah, daß diese Einrichtung nur für englische Verhältnisse geeignet sei. —

Was die volkswirtschaftlichen Vortheile des Cheque-Systems betrifft, so können wir uns dabei kurz fassen; dieselben sind schon z. Th. im Laufe unserer Untersuchungen erwähnt worden, sie liegen außerdem offen zu Tage und werden wohl nicht bestritten. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß alle diese Vortheile, welche wir in der Regel dem Cheque-Systeme zuschreiben, eigentlich nicht aus diesem an sich hervorgehen, sondern zunächst aus der Grundlage dieses Systems, dem Depositen-Wesen. Beide sind aber nicht untrennbar verbunden; der Depositen-Verkehr muß vor dem Cheque-Systeme vorhanden sein, er bildet die Voraussetzung für dieses, und wir können uns wohl einen lebhaften Depositen-Verkehr auch ohne Cheques denken; das steht aber allerdings fest, daß durch das Hinzutreten des Cheque jener Verkehr bedeutend erweitert und die wirtschaftlichen Vortheile desselben wesentlich vergrößert werden.

Ohne Depositen-Wesen liegen viele Millionen Kapital unbenutzt in den Händen der Tausende von Besitzern; jeder



Kaufmann, Fabrikant, Handwerker u. s. w. hat eine Summe Geldes, um davon seine Ausgaben zu bestreiten, der Beamte, welcher seinen Gehalt an bestimmten Terminen erhält, bewahrt zeitweise nicht unbedeutende Summen auf. Der Depositen-Verkehr sammelt einen Theil dieser Beträge in den Banken, welche wieder einen Theil der Depositen-Kapitalien anderweitig verwenden und der Produktion zuführen können. — So lange aber diese Depositen, wenn der Deponent Zahlungen zu leisten hat, in Baar zurückgenommen werden müssen, ist damit eine Unbequemlichkeit verbunden, ja der Deponent kann sogar bei plötzlich an ihn herantretenden Ansprüchen in Verlegenheit kommen; er wird daher nicht alles disponible Geld den Banken übergeben, sondern etwas für außergewöhnliche Fälle zurückbehalten. Tritt nun das Cheque-System hinzu, so wird der Depositen-Verkehr weiter ausgenutzt werden; jetzt können Geschäfts- und Privatleute alle ihre Werthe den Banken übergeben, denn sie leisten ihre Zahlungen durch Anweisungen auf die betreffende Bank, durch Cheques <sup>1)</sup>.

Noch hat aber dieser ganze Verkehr damit seine größte Vollkommenheit nicht erreicht. Erhebt der erste Empfänger den Betrag des Cheque bei der Bank in Baar und übergibt ihn seinem Bankier oder verwendet ihn anderweitig, so entzieht er die Summe zeitweise dem Verkehre. Man hat das in London dadurch zu vermeiden gesucht, daß die in den Händen des Bankiers sich sammelnden Cheques ausgetauscht und die Ueberschüsse in den Büchern der Bank von England gutgeschrieben oder belastet werden; so führt man

---

1) Derselbe Vortheil wird dadurch erzielt, daß eine Bank die Darlehen nicht sofort auszahlt, sondern gutschreibt, und daß der Schuldner nur nach Bedarf darüber verfügt. — Vergl. A. Wagner, System der Fettelbank-Politik. S. 530.

mit Hülfe des Cheque große Kapitalübertragungen aus, während das Kapital selbst ununterbrochen anderweitig seine Dienste leisten kann.

Diese Umstände haben zu der irrthümlichen Annahme geführt, daß der Cheque in Verbindung mit dem Wechsel und der Banknote das Geld entbehrlich machen könne<sup>1)</sup>. Der Cheque vermag wohl den Bedarf an Geld zu vermindern, (so bewältigt England bekanntlich seinen großartigen Verkehr mit einem verhältnißmäßig sehr geringen Vorrath an Baargeld, was aber wieder nicht allein auf den Cheque, sondern auf die Gewohnheit des Deponirens und auf die vorzüglichen Einrichtungen zum Austausch der Cheques zurückzuführen ist) —, er kann aber, wie der Wechsel und die Note, das Geld nie ganz entbehrlich machen, schon aus dem Grunde nicht, weil die drei genannten Papiere das Geld wohl in einigen, aber durchaus nicht in allen seinen Functionen vertreten können. —

Daß ein solches System, wie es in England zur höchsten Ausbildung gelangt ist, das Ziel aller Culturvölker sein muß, wird überall zugegeben werden; aber die Schwierigkeiten, welche sich der Erreichung entgegenstellen und in der Art der Entwicklung der Volkswirtschaft in den einzelnen Ländern ihren Grund haben, sind groß. Wo diese Entwicklung einen Weg eingeschlagen hat, der die Einfügung des Cheque in den Mechanismus erschwert, da können die Hindernisse nur allmählig unter Mitwirkung aller Betheiligten, aber nicht plötzlich durch ein Eingreifen des Staates beseitigt werden, und das Cheque-System ist dann nicht einfach aus einem anderen Lande zu übertragen, sondern es muß auf der so gewonnenen Grundlage den eigenthümlichen Ver-

1) Koch S. 5.



hältnissen des betreffenden Landes entsprechend aufgebaut werden.

In Frankreich ist der Cheque-Verkehr, obgleich schon 15 Jahre seit dem Erlaß des Cheque-Gesetzes verfloßen sind, und die meisten Artikel dieses Gesetzes den Zweck haben, den Cheque-Verkehr zu erweitern, noch nicht zu großer Ausdehnung gelangt. Die Volkswirtschaft ist in Frankreich anders gestaltet als in England, und der Cheque wird sich dort nur dann einbürgern, wenn die jetzt bestehenden Verhältnisse sich mit den für den Cheque-Verkehr unerläßlichen Vorbedingungen in gewisse Uebereinstimmung setzen werden. —

Dasselbe gilt auch vom Cheque-Verkehre in Deutschland. Wir haben gesehen, daß eine Vorbedingung für diesen Verkehr die Entwicklung des Depositen-Wesens ist. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland aber, wo das Kapital durch den hier namentlich im Kleinverkehr üblichen langen Kredit in den Händen kleiner Schuldner festgehalten wird, ist eine Ausbildung des Depositen-Geschäftes kaum möglich, und darin liegt auch die Ursache der Erscheinung, welche Koch<sup>1)</sup> beklagt, daß nur geringe Guthaben im Giro-Verkehre der Reichsbank vorhanden sind; die Bank wird häufig nicht zum Deponiren benutzt, sondern um Geld bequem und billig nach anderen Plätzen zu übertragen. Könnten wir jenen Nebelstand beseitigen und erreichen, daß Waaren nur gegen Baar oder Wechsel verkauft werden, so wäre ein großer Schritt zur Ausbildung des Depositen-Wesens und also auch zur Einführung des Cheque-Systemes gethan. Anstatt daß ein großer Theil des Geschäftskapitals in Buchforderungen festliegt, könnte es deponirt werden; das übrige Publikum würde bald folgen und Banken oder Bankiers

---

1) S. 24

würden gern bereit sein, daß — wie die Abschlüsse der englischen Banken beweisen — ganz einträgliche Depositen-Geschäft zu pflegen. — Dagegen glauben wir nicht, daß sich aus dem Giro-Verkehre der Reichsbank das Depositen- und Cheque-System entwickeln wird. Die Reichsbank ist u. A. n. wegen ihrer hervorragenden Stellung nicht geeignet, in lebhafsten direkten Verkehre mit dem gesammten Publikum zu treten, wie es der Gebrauch der Cheques erfordert; wir meinen, daß das die kleinen Banken und die Bankiers besser besorgen können, und es ist wohl nicht anzunehmen, daß die Deponenten hier nicht genügend Sicherheit finden werden; wie in England, so würde man auch bei uns bald die Firmen herausgefunden haben, welchen man in Ruhe sein Kapital anvertrauen kann. — Aber der Reichsbank dürfte vielleicht eine andere wichtige Rolle zufallen, nämlich die, welche das englische Clearinghouse in Gemeinschaft mit der Bank von England ausfüllt: die Conten der Depositenbanken zu führen, die Cheques zu sammeln und den einzelnen Conten-Inhabern gutzuschreiben oder zu belasten; und da sich das Netz der Filialen über ganz Deutschland erstreckt, so würden wir, wenn sich ein solcher Organismus herstellen läßt, aus dem Cheque-Verkehre nahezu denselben Nutzen ziehen können, welchen England genießt.

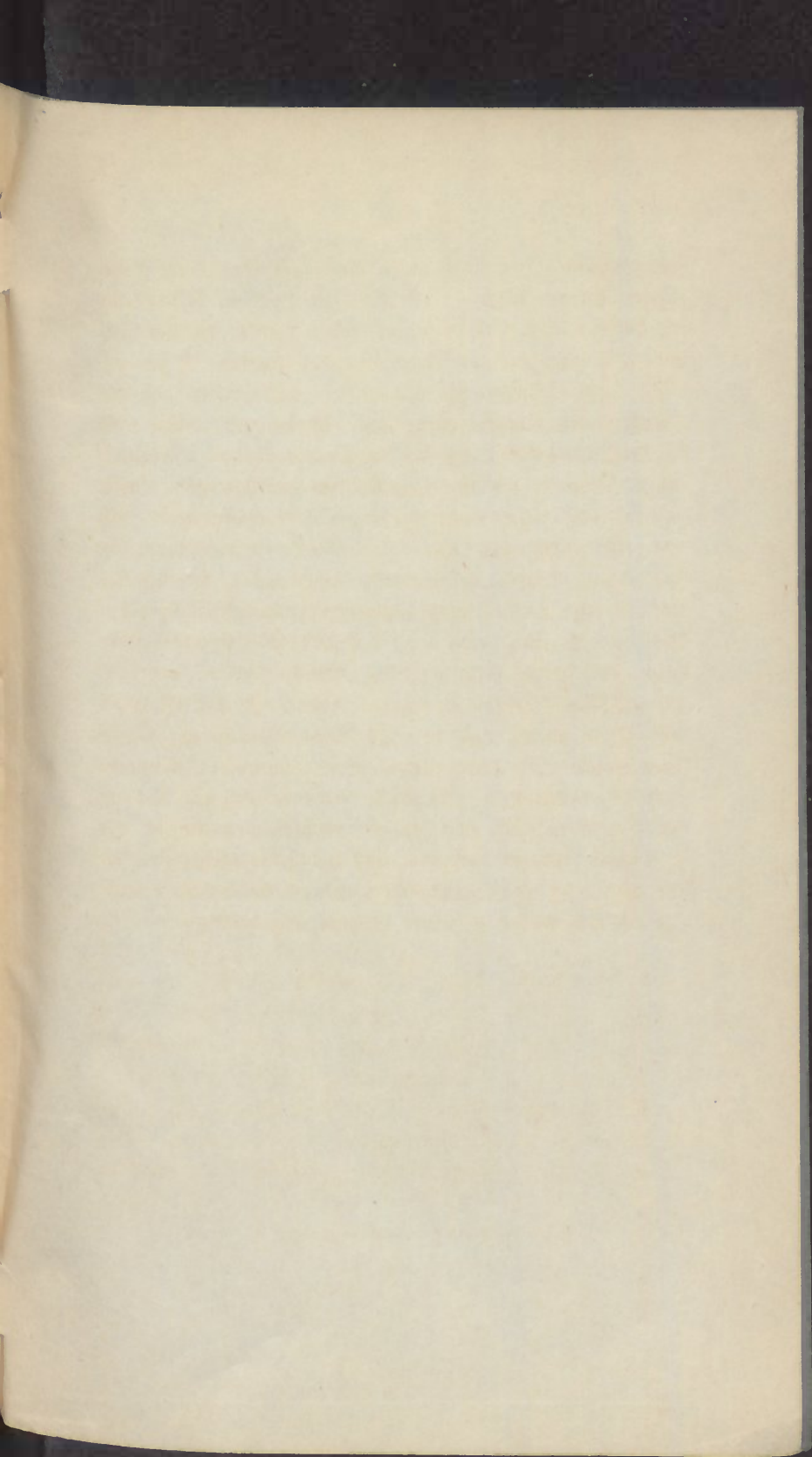
Es ist hier nicht der Ort, auf die Einzelheiten einer derartigen Einrichtung einzugehen; wir wollten nur in weiten Umrissen den Weg bezeichnen, welcher u. E. bis zur Erreichung des Zieles zurückzulegen ist. —

Man hat jetzt, wie schon erwähnt, den Vorschlag gemacht, durch ein Cheque-Gesetz dieses System in Deutschland einzuführen. Wie aus unseren bisherigen Darlegungen hervorgeht, wird u. A. n. ein solches Gesetz allein den Cheque-Verkehr nicht ins Leben rufen; erst müssen die Vorbedingungen



gen vorhanden sein; bis dahin würde er eine künstlich gezogene Pflanze bleiben, die auf dem fremden Boden nur ein kümmerliches Dasein führen kann. Unser nächstes Ziel muß also sein, jene Vorbedingungen zu schaffen; ist das erreicht, dann halten auch wir es für erforderlich, daß ein Cheque-Gesetz erlassen wird. Wir können uns dabei nicht auf England berufen, welches das Cheque-System ohne Hülfe des Gesetzgebers bis zu seiner höchsten Vollkommenheit ausgebildet hat; dieses Land besitzt die Eigenthümlichkeit, daß man dort schon früh viele vortheilhafte Einrichtungen in Handel und Gewerbe erkannt und benutzt hat<sup>1)</sup>, daß sich der Verkehr dort vielfach unabhängig von der Gesetzgebung seine Wege gesucht hat, und daß so Gebräuche entstanden sind, welche erst später durch gerichtliche Entscheidungen oder Parlaments-Akte Gesetzeskraft erhalten haben. Wollen wir aber nicht diesen weiten Weg der allmäligen Entwicklung zurücklegen, sondern die Erfahrungen der Nachbarvölker benutzen, so ist es nothwendig, daß so bald als möglich ein Cheque-Gesetz erlassen wird, welches alle Rechtsfragen ordnet, die im Cheque-Verkehre auftreten, und welches so diesen Verkehr von vornherein auf Rechtsicherheit und Rechtseinheit stellt und dadurch wieder zu seiner Erweiterung beiträgt. —

1) Wir erinnern z. B. an den Gebrauch der Warrants.

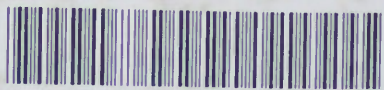












206\$00052612